

Friedensplan für Libyen stößt auf Skepsis

NATO bezweifelt Gaddafis Zusage – SPD knüpft Ja zu Libyen-Einsatz der Bundeswehr an Bedingungen

reb/dpa **OSNABRÜCK.** Der Friedensplan der Afrikanischen Union (AU) für Libyen hat kaum Aussicht auf Erfolg. Nach den Aufständischen, die auf eine vollständige Ablösung Muammar al-Gaddafis von der Macht pochen, reagierte auch die NATO skeptisch.

Ein Waffenstillstand in Libyen ist nach Ansicht von NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen nur bei Erfüllung einer Reihe von Bedingungen möglich. „Ich nehme diese Versprechungen nicht für bare Münze“, sagte Rasmussen zu Berichten, wonach Gaddafi zum Waffenstillstand bereit ist. Die libyschen Rebellen nahmen unterdessen die Stadt Adschdabija im Osten des Landes wieder ein.

In Deutschland knüpfte die SPD ihre Zustimmung zu ei-

nem humanitären Libyen-Einsatz der Bundeswehr an enge Bedingungen. SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold sagte unserer Zeitung: „Es kann bei einem Libyen-Einsatz nur darum gehen, mit wenigen Soldaten punktuell einzugreifen, um Flüchtlinge zu evakuieren, Häfen und Flughäfen zu sichern oder Korridore für Hilfsgüter frei zu halten.“ Er gehe davon aus, dass dieser Einsatz sich „nach Wochen und nicht nach Monaten bemessen wird“.

Der SPD-Politiker forderte die Regierung auf, dem Bundestag ein schlüssiges Mandat vorzulegen. Arnold sieht „keinen Anlass für schnelle Nacht-und-Nebel-Aktionen“. In den nächsten Tagen habe das diplomatische Bemühen um einen möglichen Waffenstillstand in Libyen Priorität. Befürchtungen, die Bundes-

wehr könne in Libyen vor einem neuen Dauereinsatz stehen, wies Arnold zurück. „Ein eng begrenzter humanitärer Auftrag für Libyen ist nicht mit einer Mission wie in Afghanistan vergleichbar, wo es um den langwierigen Aufbau staatlicher Strukturen geht.“ Auch die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag, Susanne Kastner (SPD), kündigte an, die SPD werde sich „ein Mandat der Bundeswehr für Libyen nach dem Hin und Her der Regierung in den vergangenen Wochen sehr genau anschauen“. Militärische Abenteuer seien mit den Sozialdemokraten nicht zu machen. Die EU-Außenminister wollen heute über einen möglichen Militäreinsatz zum Schutz humanitärer Hilfe in Libyen beraten.